

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 4

Artikel: Es gärt in Südafrika
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142643>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

etwas anderes sind als sie selbst, die Kirche. Lebt die Kirche nicht unter den Menschen von Soweto? Hat die Kirche die Menschen von Soweto im Stich gelassen, so daß sie sie von außen her zu erreichen versuchen muß?

Wahrer Dienst schließt ein, daß die Kirche den Menschen von Soweto nicht bloß helfen muß, sie muß auch das Volk von Soweto werden, indem sie dessen Leiden und Entwürdigungen auf sich nimmt.

Man kann doch die Tränen von den Augen derer, die weinen, nicht abwischen, ohne selber nasse Hände zu bekommen. Man kann doch nicht Hoffnung wecken unter den Leidenden, ohne im Geringsten ihre Hoffnungslosigkeit und ihre Verlegenheiten zu teilen, vor allem dann, wenn Hindernisse ganz offensichtlich nicht aus dem Wege geräumt werden können.

Je mehr die Kirche in ihrem Dienst sich mit den Menschen von Soweto zu identifizieren versucht, desto mehr werden ihre Vertreter die Leiden des Volkes teilen. Ich sehe schon die Zeit kommen, wenn Glieder und Leiter der Kirche in steigendem Maße Regierungsstrafen unterworfen werden in dem Maße, wie sie sich mit den Menschen von Soweto identifizieren. Es hat ja bereits angefangen, wenn man etwa an den beispiellosen Polizei-Ueberfall auf das Diakonia-Haus denkt.

Vielleicht ist dies schmerzliche Ereignis ein Zeichen dafür, daß die Kirche anfängt, dem Volke näherzukommen; weshalb sie einen leichten Vorgeschmack erhielt von dem, was das Volk tatsächlich durchmacht. Die Kirche muß sich rüsten auf schwere Zeiten, die kommen werden.

Das Lebensmotto jedes Kirchengliedes sollte sein: Ich möchte lieber mit dem Volke leiden, als ohne die Leidenden das Leben genießen; ich möchte lieber nichts sein mit dem Volke, wenn etwas sein und jemand sein bedeutet, daß ich von seiner Lebenserfahrung, die es nicht verschuldet hat, getrennt sein müßte; ich möchte lieber mit dem Volke leiden, als ohne es herrschen. — Das ist auch die Losung meines Lebens, und eine angemessene Beschreibung meiner Lebensverpflichtung, gerade auch im Blick auf dies Amt.

A n m e r k u n g: Bischof Dr. Buthelezi lehnte es ab, seinen Amtssitz im weißen Johannesburg einzurichten. Sein Bischofssitz ist in Soweto.

Es gärt in Südafrika

Der Aufstand der schwarzen Jugend in Soweto, 16. Juni 1976, die mit erhobenen Fäusten «Schwarze Macht» (Black Power) riefen, hat erneut gezeigt, daß das Apartheid-System, das keine Lösung für die südafrikanischen Rassenprobleme zu bieten hat, die blutige Auseinander-

setzung zwischen Weiß und Schwarz direkt herausfordert. Die heutige Situation in Südafrika steht in krassem Gegensatz zum Inhalt der am 5. November 1974 von Premierminister John Vorster gehaltenen Rede, in der er versprach, die Rassenprobleme in der Republik Südafrika schnellstens zu lösen. Er erklärte damals: «Gebt Südafrika sechs Monate Zeit — ich verlange nicht mehr — und ihr werdet erstaunt sein, wo Südafrika nach dieser Periode stehen wird». Damals ging es ihm darum, die UNO und die Weltöffentlichkeit umzustimmen und um schwarze Staatschefs unabhängiger afrikanischer Staaten für seine Entspannungspolitik zu gewinnen, was ihm zum Teil gelang (Malawi, Elfenbeinküste, Liberia, Senegal). Sambias Präsident Kenneth Kaunda, ein scharfer Gegner der Apartheidpolitik, war von Vorsters Zusicherungen beeindruckt und sagte, das sei nun endlich die Stimme der Vernunft, auf die die Welt schon lange gewartet habe. Dieses Versprechen war ein Täuschungsmanöver, um Zeit zu gewinnen, die Bantustan-Politik (Getrennte Entwicklung) der weißen Regierung hinter den Kulissen intensiv voranzutreiben.

Das Massaker von Sharpeville, 1960, hat schon damals die Welt aufhorchen lassen; die internationale Presse prangerte die südafrikanische Rassenpolitik als ein brutales Unterdrückungssystem an. Nichts hat sich seither geändert. Keine Maßnahmen sind zugunsten der schwarzen Stadtbevölkerung getroffen worden. Die engstirnigen Rechtsextremen der National Party halten stur an ihren Privilegien fest. Diejenigen weißen Afrikaner, die hofften, Vorster könne und wolle das Land aus der wachsenden, bedrohlichen Krisensituation herausführen, müssen zur Kenntnis nehmen, daß dem nicht so ist. John Vorster ist kein Liberaler, sondern ein Verteidiger der Apartheid aus innerster Ueberzeugung. Er hat die Bantustan-Politik mit allen Mitteln vorangetrieben, wodurch Südafrika in zehn rassische Enklaven (Reservate) aufgeteilt werden soll; die Schwarzafrikaner sollen in die zehn überfüllten Stammesgebiete verwiesen werden, während den Weißen das fruchtbare Kulturland, die Gebiete mit den Bodenschätzen, die Industriezentren, die Häfen reserviert bleiben. Die Schwarzafrikaner sollen im weißen Gebiet (87 Prozent des Landes) zu Ausländern werden. John Vorster gehörte im letzten Krieg einer Nazi-Bewegung an und wurde von der damaligen Regierung (Smuts) zu zwanzig Monaten Gefängnis verurteilt, die er absitzen mußte.

Die Regierungspartei hat trotz der sich deutlich abzeichnenden Krisensituation stets alle Lösungsvorschläge, die im Parlament (auch aus den eigenen Reihen) gemacht wurden, kategorisch zurückgewiesen. Auch die schwarzen von der Regierung anerkannten Führer haben Vorster schon seit langem gewarnt, daß die gespannte Lage in Soweto zu einem weiteren Sharpeville führen könnte.

Der katholische Erzbischof von Durban (Hafenstadt Südafrikas am Indischen Ozean), D. Hurley, der mit seiner Kritik am Apartheidsystem nie zurückhielt, sagte in einem Interview («Tages-Anzeiger», 29. Nov. 1976), daß die weiße Minderheit Südafrikas weder willens noch fähig sei, umzudenken und ihre Vorurteile gegenüber den Schwarzen abzulegen. Er befürchtet, daß das heutige Südafrika ein blutiges Ende nehmen werde, wo weiße Haut gegen schwarze Haut einen erbarmungslosen Kampf ausfechten werde. Er ruft die Kirche zu einer letzten gewaltigen Anstrengung zur Versöhnung auf.

Durch die Beseitigung der portugiesischen Kolonien und das Entstehen der unabhängigen schwarzen Staaten Moçambique und Angola verlor Südafrika seinen weißen Schutzgürtel gegen außen. Die Erfolge der Befreiungskämpfer — auch in Rhodesien — und der Mißerfolg der Intervention der südafrikanischen Truppen in Angola haben das politische Bewußtsein und das Selbstbewußtsein der schwarzafrikanischen Bevölkerung mächtig gefördert. Die Unüberwindlichkeit des weißen Mannes wird von den Schwarzen jetzt in Frage gestellt und aufgrund ihres politischen Bewußtseins ist ihnen klar geworden, daß sie einen **M a c h t f a k t o r** in der südafrikanischen Gesellschaft darstellen.

Die «Black Consciousness»-Bewegung (Schwarzes Selbstbewußtsein) nahm 1969 organisatorische Formen an, als die schwarzen, die farbigen und indischen Studenten aus der gemischtrassigen Studentenverbindung NUSAS (National Union of South African Students) austraten, um sich in der SASO (South African Students'Organisation) zusammenzuschließen. Aus der Erklärung zu der beschlossenen Trennung geht hervor, daß es den Studenten nicht in erster Linie um Ablehnung der weißen Bevormundung auf Universitätsebene ging, sondern um eine **n e u e** schwarze Haltung. Die Studenten definierten genau, was diskriminiert sein — schwarz und farbig — in Südafrika bedeutet (ökonomisch, politisch, sozial) und wie die Durchsetzung der schwarzen Forderungen aufgrund eines Planes von abgestimmten Aktionen zu verstehen sei.

Die weiße Regierung, die intensiv ihre Politik der «Getrennten Entwicklung» propagierte, duldete zunächst diesen Aufruf zu schwarzem Bewußtsein. Aber bald griff die Bewegung von den Universitäten auf Schulen über und erfaßte nach und nach alle Teile der Bevölkerung. Es wurden Massenorganisationen gegründet wie «Black People's Convention» (BPC), «Black Allied Workers'Union» (BAWU), «National Youth Organisation» (NYO) und 1975 «Black Women's Federation»; daneben entstanden Organisationen für Lehrer, Universitätsprofessoren, Autoren und Theater- und Musikgruppen, wobei die Kontakte untereinander sehr rege sind.

Ende 1971 erkannte die weiße Regierung, daß es sich bei der SASO und mit ihr verbundenen Organisationen um eine Befreiungsbewegung handelt, und sie trat zum Gegenangriff an durch Verhaftungen und Bannung der Führer der SASO, BPC und BAWU, sowie sie seinerzeit nach Sharpeville, 1960, die Führer der früheren Widerstandsgruppen ANC und PAC verfolgt, verhaftet oder umgebracht hatte.

1973 wurde klar, daß es Pretoria mit seinen Aktionen zur Niederschlagung der SASO nicht gelungen war, die neue Generation von militanten jungen Schwarzen zu meistern. Im Gerichtssaal riefen Verhaftete Kampfparolen und sangen Freiheitslieder. Der Kampfgeist der Jugend ist, wie die Aufstände vom letzten Jahr gezeigt haben, in die breiten Volksmassen gedrungen. In Kapstadt sangen die Demonstranten Revolutionslieder und riefen Slogans wie: «Alle Macht dem Volk». Die neue schwarze Politik hat bewußt die Doktrin des gewaltlosen Widerstands aufgegeben. Die weiße Regierung versucht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Gewalt, die revolutionäre Bewegung abzuwürgen. Bis jetzt ist das nicht gelungen. Die Führer aller Widerstandsorganisationen halten zusammen; auch die Farbigen und zum Teil auch die Inder nehmen am Kampf teil.

Wer die miserablen Schulverhältnisse in den schwarzen townships kennt, verwundert sich nicht, daß der letztjährige Aufstand in Soweto in den Schulen begann. Dazu einige knappe Hinweise: Die weiße Regierung gibt für den weißen Schüler siebzehn mal mehr aus als für den schwarzen; für die schwarzen Kinder gibt es keine Schulpflicht; 25 Prozent der schwarzen Kinder besuchen keine Schule, weil sie in den überfüllten Klassen keine Aufnahme finden oder weil die Eltern das Schulgeld und die Schultensilien nicht bezahlen können; der durchschnittliche Schulbesuch der Kinder geht höchstens bis zur 4. Klasse; 42 Prozent der Jugendlichen sind Analphabeten; dazu kommt die dürftige schwarze Lehrerausbildung und Entlohnung; den 4 Millionen Weißen stehen für ihre fünfundsiebzigtausend Studenten zehn Universitäten zur Verfügung, den 18 Millionen Schwarzen drei Universitäten für ihre viertausend Studenten.

Nicht zufällig haben sich die letztjährigen Unruhen in Soweto an der Sprachenfrage entzündet. Am 16. Januar 1976 beschloß das Vorster-Regime, in den schwarzen Schulen neben der Stammsprache (Unterricht in den ersten sechs Schuljahren) und Englisch, Afrikaans als dritte Unterrichtssprache für gewisse Fächer wie Geschichte und Mathematik einzuführen. Dadurch wurde den Schülern der jetzt schon äußerst schwierige Aufstieg in höhere Klassen entscheidend erschwert; 1974 betrug die Durchfallquote der schwarzen

Maturanden 46,6 Prozent. Die zwangsweise Einführung des Afrikaans, der Sprache der weißen Burenherrschaft, stieß bei Lehrern und Schülern auf heftigen Widerstand und führte zu Rücktritten von ganzen Schulausschüssen, zu zahlreichen Schülerstreiks und Examenboykotten. Hier wäre an die Tatsache zu erinnern, daß die seinerzeit von den Engländern besiegten Buren sich weigerten, Englisch zu sprechen.

Die heranwachsende schwarze Jugend hat die Auswirkungen des Apartheid-Systems nicht nur in der Schule zu spüren bekommen, sondern auch in ihren am Rande des Existenzminimums lebenden Familien. Sie weiß, daß nach dem Gesetz kein schwarzer Mensch ein dauerndes Wohnrecht in der Stadt hat, daß er kein Anrecht auf Grundbesitz hat, daß er stets einen Paß, ein Ausweisbuch (von den Schwarzen «Buch des Lebens» genannt) auf sich tragen muß (täglich werden rund eintausendsiebenhundert Schwarze wegen Paßvergehen verhaftet und mit Geldbußen oder Gefängnis bestraft). Diese Jugend weiß, daß, wer arbeitslos ist oder wird, oder sich politisch strafbar macht, zwangsweise in das Reservat seiner Stammesherkunft abgeschoben wird, auch wenn er zu diesem «Heimatland» überhaupt keine Beziehung hat. Dort wird der «Umgesiedelte» nur noch unter Kontrolle als Wanderarbeiter zu einem Minimallohn in der weißen Industrie oder Landwirtschaft Arbeit finden. Die hoffnungslosen Zukunftsaussichten und vieles mehr erklären die hohe Verbrecherrate in den schwarzen Vorstädten (in Soweto achthundert pro Jahr und Tausende von Ueberfällen und Vergewaltigungen).

Es scheint uns aufschlußreich, das Geschehen in Soweto etwas eingehend zu beschreiben. Am 16. Juni 1976 versammelten sich zehntausend Schüler zu einer friedlichen Demonstration gegen die Zwangseinführung von Afrikaans, was von den Ordnungskräften mit einem brutalen Polizeieinsatz von Tränengasbomben, Schlagstöcken und Polizeihunden beantwortet wurde. Es kam zu Steinwürfen, worauf die Polizisten ohne Warnung direkt auf die unbewaffneten Kinder schossen. In spätern Demonstrationen machte die Polizei immer wieder Gebrauch von ihren Schußwaffen. Nach glaubwürdigen Quellen soll es bis jetzt über fünfhundert Tote, mehr als tausend Verletzte, einige tausend Verhaftete und 15 in den Gefängnissen zu Tode Gefoltete geben. Mit dem 16. Juni begann die Eskalation der Gewalt; die junge Generation hat den Befreiungskampf gegen die weiße Vorherrschaft angetreten. Die Abriegelung der schwarzen Wohngebiete, die nicht abreißen lassen Polizeirazzien in Schulen und Wohnhäusern (oft nachts), gefolgt von willkürlichen Verhaftungen von Lehrern, Schülern, den Führern der legalen Organisationen SASO, BPC, hat zu einem Exodus von unzähligen Gefährdeten in die Nachbarländer Botswana, Lesotho, Swasiland, Tansania geführt. Viele der Geflüchteten werden

später in Guerilla-Ausbildungslagern für den Befreiungskampf ausgebildet werden.

Die rapide Ausdehnung der Unruhen (öfters mit Streiks verbunden) in andern Afrikanerstädten und in den «Homelands» machen klar, daß Südafrikas Rassenpolitik ins Wanken gekommen ist. Flugblätter riefen in den schwarzen Städten Südafrikas (zwischen 15. und 24. Oktober) zur totalen Erhebung gegen die Weißen auf. James Krüger, Minister der weißen Regierung für Justiz und Polizei, wies die weiße Bevölkerung von Kapstadt an, ihre eigene Verteidigung zu organisieren, obschon er erklärt hatte, Polizei und Armee werde mit allen Schwierigkeiten fertig werden. Diese Anordnung zur Selbstverteidigung (das gesamte Lager in den Waffengeschäften soll ausverkauft sein) wurde im Parlament von der Opposition heftig angegriffen mit dem Argument, daß solche «Bürgerwehren» den Weg zum Bürgerkrieg freilegen.

Es ging in den Unruhen nicht um gefühlsmäßige Ausbrüche von Gewalttätigkeiten. In Soweto waren die Aktionen der Jugendlichen gezielt gegen die Symbole der weißen Herrschaft gerichtet. Die Angriffe galten den Gebäuden der weißen Bantuverwaltung (neun von den zehn Verwaltungszentren wurden ausgebrannt). Mit dem Ruf: «Wir wollen weniger Bier und bessere Ausbildung» und «Unsere Väter habt ihr mit Alkohol zugrunde gerichtet», wurden die von der weißen Verwaltung und weißen Geschäftsleuten geführten Bierhallen zerstört. Zwei Familienplanungskliniken (nicht Spitäler), die die Schwarzen als Einrichtung die schwarze Bevölkerung niedrig zu halten, ablehnen, gingen in Flammen auf sowie die der weißen Regierung ergebene «Holländisch Reformierte Kirche für Afrika». Ein weiteres Angriffsziel waren die Busse der halbstaatlichen Gesellschaft Puteo, da die ständigen Fahrpreiserhöhungen für die Schwarzen nicht mehr tragbar waren.

Das ruchlose Vorgehen von Polizei und Armee um «Ruhe und Ordnung» zu schaffen, hatte zur Folge, daß immer mehr Erwachsene dazu kamen, mit den Jugendlichen zu sympathisieren. Die Eltern schwarzer Schüler sind zusammengeschlossen in der «Black People's Organisation» (BPO), die Teil der Black Consciousness-Bewegung ist. Diese Solidarität der Erwachsenen mußte die weiße Geschäftswelt zur Kenntnis nehmen, als im letzten Dezember der Aufruf mittelst Flugblätter «Schwarze verzichten auf Weihnachtseinkäufe» allgemein befolgt wurde. Weiße Supermärkte in Johannesburg verzeichneten einen Umsatzrückgang bis zu 50 Prozent. (Nur das Lebensnotwendigste wurde gekauft.) Auch der Appell für eine Volkstrauer für die Getöteten wurde eingehalten. Jede Art öffentlicher Unterhaltung — auch Sportveranstaltungen — wurde bis 1. Januar 1977 eingestellt.

Die Vorkommnisse der letzten Monate in Südafrika machen deutlich, daß die junge militante Generation nicht nur Reformen fordert, sondern politische Rechte. Daß in diesem Befreiungskampf, die in Vietnam erfolgreich angewandte Guerilla-Strategie zur Anwendung kommen soll, verrät die Aussage des nach Botswana geflohenen schwarzen Gewerkschaftsführers Drake Koka, die er in einem Interview mit dem Südafrikakorrespondenten des schweizerischen «Tages-Anzeigers» im letzten November machte: «Die Weißen können unmöglich den Moskito-Krieg gewinnen. Das Moskito sticht und fliegt davon; doch das Opfer wird schließlich an Malaria sterben.»

Nicht zu übersehen ist, daß sich jetzt unmißverständlich auch eine bedrohliche Konfrontation zwischen dem Apartheid-Regime und der Kirche abzeichnet, auf die wir jedoch raumeshalber hier nicht weiter eingehen können. Dazu schreibt die «Johannesburger Sunday Times» warnend: «Laßt um Gottes willen die Kirchen in Ruh, denn die Auswirkungen eines ungeschickten Vorgehens der Regierung könnten sich verheerend auswirken.»

Ueber die gegenwärtige spannungsgeladene Situation in Südafrika schreibt Stanley Uys, der seit siebzehn Jahren in Kapstadt tätige Südafrikakorrespondent für die englische Wochenzeitung «The Observer» (2. Jan. 1977) unter anderem, es sei fast unvorstellbar, wie groß heute der Zorn und Haß der Schwarzen gegen die Weißen sei. Mit dieser Generation werde das weiße Südafrika, das jetzt den für ihre Rechte kämpfenden Schwarzen die Stirne biete, eines Tages über die Zukunft zu verhandeln haben und da die Schwarzen zahlenmäßig fünfmal stärker seien, können sie das Land von einer Krisensituation in die andere stürzen. Stanley Uys berichtet auch über die Vielzahl der weitsichtigen weißen Südafrikaner, die Vorster bestürmen, eine Kehrtwendung in der Rassenpolitik vorzunehmen — bis jetzt erfolglos. Helen Kremos

Die schwarze Elternvereinigung von Südafrika

(Black Parents' Association — BPA)

Wenige Tage nach dem Ausbruch der Schüler-Aufstände in Soweto und andern Teilen Südafrikas fand ein Treffen christlicher Eltern statt, deren Kinder die Opfer der Polizei-Schießereien, der Massenverhaftungen und anderer harter Unterdrückungsmaßnahmen geworden waren. Bei diesem Treffen wurde ein Komitee gegründet, das den Auftrag erhielt, sein Augenmerk auf die Notsituation zu richten, die für viele schwarze Familien entstanden war.